

Antrag zur direkten Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung am 20.06.2023

Antragsteller: Hermann Schaus (DIE LINKE.)

Betreff: **Beitritt der Stadt Wetzlar zum Bündnis "Sichere Häfen"**

Text:

1. Als klares Zeichen der Solidarität mit aus Kriegs- und Krisengebieten flüchtenden Menschen erklärt die Stadt Wetzlar Ihren Beitritt zum kommunalen Bündnis ‚Sichere Häfen‘.
2. Die Stadt Wetzlar setzt sie sich politisch in Gremien und Verbänden sowie gegenüber dem Land Hessen und der Bundesrepublik Deutschland dafür ein, Programme und Initiativen zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einzurichten und bestehende deutlich auszuweiten.
3. Die Stadt Wetzlar verurteilt alle Versuche, das Asylrecht in Deutschland und innerhalb der EU weiter auszuhöhlen.
4. Die Stadt Wetzlar setzt sich insbesondere gegenüber dem Land Hessen und der Bundesrepublik Deutschland dafür ein, dass rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen werden, mit deren Hilfe es aufnahmebereiten Kommunen ermöglicht wird, Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus selbstbestimmt aufzunehmen.
5. Die Stadt Wetzlar erklärt sich bereit, in Not und Seenot geratene Menschen auf der Flucht aufzunehmen und ihnen Schutz zu gewähren.

Begründung:

„Die Stadt Wetzlar hat eine lange Tradition in der Integration von zugewanderten Menschen. Die Zahl der in Wetzlar lebenden Flüchtlinge aus Krisenländern wie Syrien, Afghanistan, Eritrea und anderen Nationen ist seit dem Jahr 2015 stark angestiegen. Die Bewältigung der Herausforderung, die mit Vielfalt und Zuwanderung einhergeht, ist schon seit vielen Jahren eine wichtige Zielsetzung vonseiten der Stadt. Auch im Bereich der Flüchtlingsarbeit engagiert sich Wetzlar. Gemeinsam mit vielen Ehrenamtlichen und den Vereinen und Verbänden möchte sie geflüchteten Menschen Hilfestellungen geben, damit diese sich einleben und integrieren können.“ www.wetzlar.deneben-in-wetzlar/migration-integration/engagement-fuer-fluechtlinge.php

Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der Sichere Hafen ist ein Prozess, den bereits 267 deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden begonnen haben.

Die eigenständige Aufnahme durch die Länder (und in deren Folge durch die Kommunen) konzentriert sich bislang vor allem auf 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz. Diese Vorschrift lässt Ausnahmen aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen zu. Sie setzt jedoch das Einvernehmen des Bundesministeriums des Inneren voraus. Die Debatte wurde schon seit geraumer Zeit ohne Ergebnis

geführt – und mit Verweis auf eine „europäische Lösung“ auch verschleppt. Eine Änderung des § 23 Abs. 1 AufenthG ist daher geboten. Sie sollte die Aufnahme in das Ermessen der aufnahmewilligen Kommune stellen – und die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel durch Bund und Länder bereitstellen.

Durch die Erklärung zum Sicheren Hafen unterstützt die Stadt Wetzlar diese Forderung ebenfalls. Sie gibt ihr ein weiteres zusätzliches Gewicht. Je mehr Kommunen dies tun, desto stärker wird der politische Druck auf die deutsche Bundespolitik.

Es muss schnell gehandelt werden. Die Lage an den sogenannten Außengrenzen der Europäischen Union kostet fast täglich Menschenleben: ob im Mittelmeer, im Atlantik, im Ärmelkanal oder an den Grenzen von Polen und Kroatien. Eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind, ist aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen geboten.

Länder wie Griechenland dürfen mit dem Problem nicht allein gelassen werden – zumal der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR, Entscheidung vom 16.04.2020, Nr. 166080/20) sowie das Bundesverfassungsgericht (BVerfG, Beschluss vom 07.10.2019 – 2BvR 721/19 mit weiteren Nachweisen) menschenunwürdige Zustände in griechischen Lagern festgestellt hat.

Eine noch schlimmere Situation wie in Griechenland besteht in Libyen. Hier sorgt eine Vereinbarung der EU mit Libyen und seiner korrupten Küstenwache, Geflüchtete gegen Bezahlung wieder zurückzuführen, für verheerende Zustände. In Libyen werden, nach der langjährigen Pressesprecherin des UNHCR Šunjić, die „aufgegriffenen Bootsflüchtlinge wieder in die überfüllten, von Hunger, Krankheit, Folter und Vergewaltigung geprägten Internierungslager gesteckt – ihr zufolge „ein klarer Verstoß gegen Menschenrechte“. Außerdem gibt sie an, dass 60 Menschen pro Monat laut einer Studie des UNHCR von 2020 ermordet wurden oder zu geringeren Anteilen durch Krankheiten oder Unfälle ums Leben gekommen sind. Sie fährt fort, dass die korrupte libysche Küstenwache ein doppeltes Spiel spiele. Sie verdiene an den europäischen Zuwendungen, agiert aber auch beim Menschenmuggel mit. Auf diese Weise bezahlt die EU mit ihrer Vereinbarung die Profiteure und unterstützt genau das Phänomen, das eigentlich bekämpft werden soll. Das muss beendet werden!

Eine Aufnahme der Menschen wirkt, gepaart mit der Einrichtung sicherer Fluchtwege, sowohl den beschriebenen Zuständen als auch dem Ertrinken im Mittelmeer entgegen. Die Seenotrettung leistet hier einen wertvollen Beitrag.

Derzeit findet in den Gremien der EU eine weitere Debatte zur Aushöhlung des Rechts auf Asyl in noch nie dagewesener Weise statt. Sollten die vorliegenden Pläne so oder selbst in abgeschwächter Form die Zustimmung des Europaparlaments finden, dann führt dies im Ergebnis zum faktischen Ausschluss der Einreise von Flüchtenden Menschen in die gesamte EU! Dies wäre auch eine Abkehr von der Genfer-Flüchtlingskonvention! Durch die aufnahmebereiten Kommunen muss deshalb jetzt politischer Druck aufgebaut werden, damit jenseits der angedachten europäischen Lösung ein rechtlicher Rahmen hergestellt wird, der es möglich macht, über eine Verteilung der Geflüchteten Menschenleben zu retten. Es geht um Leben und Tod – und das jeden Tag mehr!

Die Stadt Wetzlar muss sich hier klar gegen den Versuch der Aushöhlung der europäischen humanistischen Grundwerte und nicht zuletzt gegen eine Aushöhlung des ersten Artikels unseres Grundgesetzes stellen.

Sie tritt deshalb jetzt dem Bündnis „Sichere Häfen“ bei, dem sich bis dato bereits über 250 deutsche Städte und Gemeinden angeschlossen haben, darunter die Städte Gießen und Marburg in Mittelhessen sowie Darmstadt, Groß-Gerau, Kassel und Wiesbaden. Die Stadt Wetzlar erklärt sich zum „Sicheren Hafen“ im Sinne der Initiative Seebrücke. Gemeinsam mit anderen deutschen und

europäischen Städten setzt sie sich für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein. Konkret bedeutet dies: Sie setzt sich im Rahmen ihrer rechtlichen, finanziellen und tatsächlichen Möglichkeiten im Gebiet der Stadt Wetzlar dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden – einen sogenannten Sicheren Hafen. Dazu gehört auch die Unterstützung lokaler Flüchtlingshilfen. Sie setzt sich auch für eine Bleibeperspektive der Geflüchteten ein und fördert ihre Integration. Die Stadt Wetzlar positioniert sich so auch gegen Abschiebungen durch unmenschliche und grundgesetzwidrige Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen. Die Stadt Wetzlar setzt sich damit auch gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer ein und unterstützt diese aktiv. Dies geschieht zum Beispiel durch Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzielle Unterstützung oder die Beteiligung an einer Rettungsmission.

Jetzt ist kommunales handeln angesagt!

Noch ist Zeit die menschenunwürdigen Pläne in der EU zu verhindern!